

Offensiv



ZEITUNG DER MARXISTISCHEN ORGANISATION „OFFENSIV“

Preis: 2 Euro

Nr. 20 • Jan./Feb. • 2023



Keine Zukunft im Kapitalismus!

In dieser Ausgabe:



Räumung von Lützerath



Tariffrunden im Frühjahr



Weltwirtschaft am Abgrund

Keine Zukunft im Kapitalismus!

Was geschah während der Ablenkdebatte über das Silvesterböllern?

Marxistische Organisation Offensiv

Einige bürgerliche Politiker und die pro-kapitalistischen Medien haben das Silvesterfest genutzt, um erneut eine Debatte über das Böllern loszutreten und Rassismus zu schüren. So betonte der FDP-Justizminister Buschmann gegenüber der BILD, dass „bei Personen ohne Aufenthaltstitel [...] die Möglichkeiten für Ausweisung und Abschiebung genutzt werden“ müssten, und der ehemalige Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) sagte, es ginge „um unregelmäßige Migration, gescheiterte Integration und fehlenden Respekt vor dem Staat statt um Feuerwerk“.

Die Debatte ist ein weiteres Beispiel dafür, wie in der kapitalistischen Moral Opfer zu Tätern gemacht werden, während eben dieser Staat den größten Verbrechen – den privaten Großkonzernen und ihren Profiteuren – zur Hand geht.

Der bürgerliche Staat handelt im Dienst der Kapitalisten

Diese Strategie – das Hervorheben individuellen Fehlverhaltens, um die systemischen Ursachen der Umweltzerstörung im Kapitalismus zu verbergen – wird genutzt, um die mächtigen Akteure in den Chefetagen der Banken und Konzerne in Schutz zu nehmen.

Während in den Medien die Feinstaubverschmutzung und die Angst der Tiere durch das Silvesterknallen thematisiert wird, spielt das Totalversagen der pro-kapitalistischen Ampelregierung – dieser „historischen Fortschrittsregierung“ – beim Erreichen ihrer Klimaziele kaum eine Rolle.

Das waren die Ziele der Ampelre-

gierung: Bis 2030 Deckung des Strombedarfs durch erneuerbare Energien, Bau neuer Gaskraftwerke, die mit „grünem Wasserstoff“ betrieben werden können, Kohleausstieg bis 2030 und Ausbau von Wasser- und Solarenergie.

Aber die angeblichen Klimaziele der Ampel stehen auf einem Papier, und die Realität des Kapitalismus auf einem anderen. RWE hat seine Gewinne durch die massiv gestiegenen Strompreise im letzten Jahr auf 5,5 Mrd. Euro mehr als verdoppelt. Statt aus der Kohle auszusteigen, hat RWE zwei weitere Braunkohleblöcke ans Netz gelegt, die im nächsten Jahr bis zu einer Milliarde zusätzliche Gewinne bringen können.

Aus diesem Grund soll das Dorf Lützerath nun geräumt, und seine Bewohner unter dem Preis zum Wiederaufbau ihrer Häuser entschädigt werden, während RWE goldene Profite macht. Mit diesen Profiten vor Augen haben die Parteien der Ampelregierung keine Sekunde gezögert, um die Klimaziele in ihrem Koalitionsvertrag im Dienst der Konzerne über den Haufen zu werfen. In enger Kooperation mit dem Konzern haben sie ihre Polizisten nach Lützerath geschickt, um die Profite von RWE zu verteidigen. Wir haben die Bilder gesehen, bei denen Polizisten in Lützerath mit Lastern von RWE transportiert wurden, und wie RWE nun einen Zaun um das geräumte Lützerath errichtet hat.

Und nicht nur das: Noch dazu hat die Ampelregierung erwirkt, dass die Besteuerung der Extraprofite bei der Braunkohle – der umweltschädlichsten aller Stromerzeugungsmethoden – weit unter der von Wind- und Solarenergie liegt.

Es ist, wie es Karl Marx einmal be-

schrieben hat: „Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit [...] wie die Natur vor der Leere“. [1] Und die Parteien der Ampelregierung dienen als sein willfähriger Helfer.

Keine Zukunft im Kapitalismus!

Der Kampf um Lützerath ist zur ersten größeren Bewegung im Jahr 2023 geworden. Allein am 15. Januar sind mehr als 35.000 Menschen in das kleine Dorf gereist, um seine Räumung zu verhindern.

Dass das passiert ist kein Zufall. Gerade der Jugend haben Jahre der Pandemie und der Beginn eines neuen Zyklus weltweiter Kriege vor Augen geführt, dass es im Kapitalismus keine Zukunft geben kann. Eine Studie der Bertelsmann-Stiftung im letzten Jahr hat gezeigt, dass 82 Prozent der Jugendlichen in Deutschland sich große Sorgen um einen Krieg in Deutschland machen, 80 Prozent sorgen sich über den Klimawandel und 78 Prozent um die eigene Zukunft im Studium oder am Arbeitsplatz.

Um diese grundlegenden Probleme zu lösen, ist es nötig, ein antikapitalistisches Programm anzunehmen, welches die Diktatur der Banken und Konzerne zerschlägt und statt ihr die Enteignung des Energiesektors, der Schlüsselindustrien und Banken und ihre demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die Arbeiterklasse fordert.

Echten ökologischen und sozialen Fortschritt kann es nur in einer Wirtschaft geben, die nach den Bedürfnissen der einfachen Bevölkerung und Jugend geplant wird – und in einer sozialistischen Welt!

[1] MEW, Bd. 23, S. 788.





II. Kongress der Marxistischen Organisation Offensiv Die revolutionäre Organisation aufbauen, Sozialismus erkämpfen!

Marxistische Organisation Offensiv

Am 3. und 4. Dezember fand in Hamburg der zweite Kongress der Marxistischen Organisation Offensiv statt, der deutschen Sektion der Internationalen Revolutionären Linken. In insgesamt drei Diskussionsabschnitten haben sich Genossen aus Deutschland und sogar Delegationen aus dem Spanischen Staat, aus Portugal und Mexiko der Lage des weltweiten Kapitalismus und den Perspektiven des internationalen Klassenkampfes, der Situation des deutschen Kapitals und der Chancen des Aufbaus einer klassenkämpferischen und revolutionären Linken gewidmet.

Am Ende ist ein kraftvolles Dokument verabschiedet worden, das die Lehren zieht aus Pandemie, Krise und Krieg, denen sich revolutionäre Kommunisten in den letzten Jahren gegenüberübersahen, und klare Perspektiven für den weiteren Aufbau der revolutionären Partei in der nächsten Periode legt.

In einer gut besuchten Veranstaltung am Samstagabend haben wir unser neues Buch „Der Klimawandel und der Kampf um Sozialismus“ vor interessierten Zuhörern präsentiert und das Programm des revolutionären Marxis-

mus auf die aktuellen Fragen der Umweltbewegung angewandt.

Es war ein motivierendes Wochenende, das uns darin bestärkt hat, noch energischer die politische Aufgabe des Tages anzugehen: den Aufbau der revolutionären Partei!

Imperialistischer Krieg und Klassenkampf: Wir leben in einer Zeit von Revolution und Konterrevolution!

Eingeleitet wurde die Kongressdiskussion mit einem Beitrag unseres Genossen Víctor Taibo, Mitglied im Exekutivkomitee unserer spanischen Schwesterorganisation Izquierda Revolucionaria, zu der tiefen weltweiten Krise, die den Kapitalismus erfasst hat.

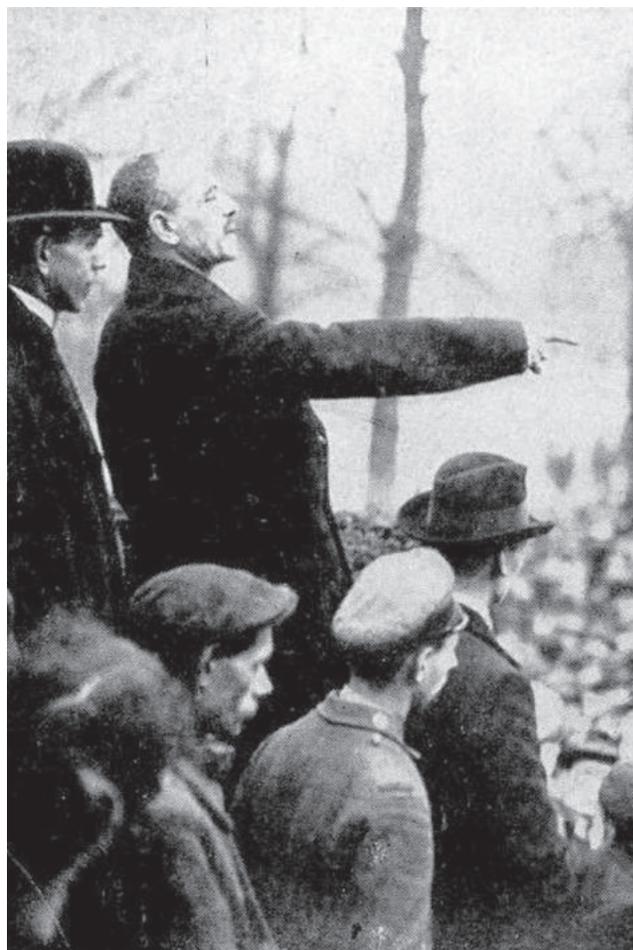
In den zwei Jahren seit der ersten Konferenz von Offensiv im November 2020 haben sich die chronische Krise und der stete Niedergang des Kapitalismus verallgemeinert. Doch trotz Pandemie, Repression und dem Mangel an starken revolutionären Parteien, die der Arbeiterklasse ein klares sozialistisches Programm aus dem Elend bieten, sehen wir auf allen Kontinenten den Ausbruch von Massenprotesten, Aufständen und sogar revolutionären Situationen: Allein in den letzten Monaten Pe-

ru, Iran, Sri Lanka, Großbritannien...

Die kapitalistische Überproduktionskrise, die 2008 begann und jetzt einen qualitativen Sprung gemacht hat, eröffnet eine Perspektive der wirtschaftlichen Rezession und Depression. Überall sind es die Arbeiter und die Armen, die die Folgen davon am meisten zu spüren bekommen: Inflationsraten von über 10%, scharfe Reallohnverluste, steigende Energie- und Mietpreise sind zur neuen Normalität geworden.

Währenddessen verschärft die Krise die Spannungen zwischen den imperialistischen Blöcken, allen voran den USA auf der einen und China mit seinem Verbündeten Russland auf der anderen Seite. Der Krieg in der Ukraine – ein räuberischer und imperialistischer Krieg auf beiden Seiten, wie jeder Beitrag in den Diskussionen unmissverständlich klar gemacht hat – ist der deutlichste Ausdruck davon, dass die USA und die NATO im Angesicht ihres eigenen Niederganges und Bedeutungsverlustes auch vor direkten kriegerischen Auseinandersetzungen nicht zurückschrecken.

In beiden Armeen sind es dabei vor allem die Arbeiterklasse, die Armen und Unterdrückten, die den Blutzoll zahlen. Sie haben an diesem Krieg nichts zu ge-



Karl Liebknechts Worte sind auch über hundert Jahre später wahr: Der Hauptfeind steht im eigenen

winnen. Karl Liebknechts Worte sind auch über hundert Jahre später wahr: Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Besonders inspirierend waren auch die Beiträge unserer Genossen aus Mittel- und Südamerika, wie einer Genossin aus Mexiko, die von den beispielhaften Kämpfen und Aufständen berichtet hat, die den Kontinent in den letzten Jahren erschüttert haben und aus denen wir viele Lehren ziehen können, sowie das Grußwort eines Genossen aus Venezuela, wo unsere Genossen unter großen Schwierigkeiten die

Errungenschaften der chavistischen Revolution gegen die Konterrevolution verteidigen.

Der Bankrott der Neuen Reformistischen Linken

In ihrer Einleitung zum Diskussionsteil zu Deutschland hat unsere Genossin Katharina erklärt, wie die Massen der Arbeiterklasse und der Unterdrückten, die sich all dem gegenübersehen, nach einem Ausweg aus dieser Situation schreien, aber alles, was die Führungen der neuen reformistischen Linken Formationen (wie France Insoumise, Syriza, Podemos oder eben die LINKE in Deutschland) antworten, weitere Illusionen in einen Kapitalismus „mit menschlichem Antlitz“ sind.

Gerade im Angesicht des Aufstiegs der Rechten und des Wiedererstarken des Faschismus weltweit, auf den Genossen in Beiträgen zu den Wahlen in Italien und zur AfD in Deutschland hingewiesen haben, haben diese Formationen die Chance, die antifaschistischen Kämpfe der Jugend, der Frauen und der Beschäftigten in den Betrieben in breite Mobilisierungen umzuwandeln.

Doch überall – von Brasilien und Peru über die USA bis nach Europa – beeilen sich die Führungsfiguren dieser Parteien ihre Treue zum bürgerlichen Parlamentarismus und ihre Beteiligung an der „Nationalen Einheit“ mit den Kapitalisten unter Beweis zu stellen.

Wie unsere Genossin Nadja in ihrem Beitrag zur Situation der LINKEN erklärt hat: die einzige Alternative gegen den Anpassungskurs dieser Parteien und das erneute Scheitern des Reformismus ist der Aufbau einer unabhängigen, revolutionären Alternative!

Voran im Aufbau der revolutionären Linken!

Es war genau dieser Schluss, auf den alle Beiträge am Ende hinausgelaufen sind: der Aufbau einer revolutionär-kommunistischen Organisation, die fest auf dem Programm des Sozialismus und dem Boden des Marxismus steht und klassenfremden Einflüssen und opportunistischen Abweichungen widersteht, ist so notwendig wie nie.

Am Sonntag haben uns der Genosse Ismael von unserer portugiesischen Schwesterorganisation Esquerda Revolucionaria und die Genossin Coral Latorre, Mitglied im Exekutivkomitee von Izquierda Revolucionaria und Generalsekretärin der spanischen Schülergewerkschaft Sindicato de Estudiantes, motivierende Beispiele für den Aufbau der revolutionären Partei geboten.

Unsere Entschlossenheit ist am Wochenende mehr als deutlich geworden. Am Sonntag konnten wir Spenden von über 1.200€ für den Aufbau der revolutionären Linken sammeln! Mit den Lehren und Erfahrungen der historischen Arbeiterbewegung und unserer Internationale und bewaffnet mit dem Programm des wissenschaftlichen Sozialismus sind wir überzeugt denn je, die Marxistische Organisation Offensiv weiter aufzubauen.

Schließ dich den revolutionären Kommunisten an!

Mach mit bei Offensiv!



 Offensiv_marxisten
 info@offensiv.net
 0162/8359272
 Marxistische Organisation Offensiv

„Holodomor“-Beschluss im Bundestag

Geschichtsrevisionismus und Antikommunismus als deutsche Staatsräson

Daniel Kehl

Die weltweit zu beobachtende Krise des bürgerlichen Parlamentarismus und die zunehmende Hinwendung der Bourgeoisie zum politischen Autoritarismus machen auch vor Deutschland nicht Halt. Um das zu erkennen braucht es nicht erst die Aufdeckung faschistischer „Reichsbürger“-Netzwerke – geführt von reaktionären Adligen, Ex-Politikern und Bundeswehr-Vertretern –, wie sie bei einer länderübergreifenden Razzia Anfang Dezember stattfand. Schon seit geraumer Zeit verschärft sich die Gangart von Regierung und Staatsapparat im Klassenkampf von oben.

Jüngster Ausdruck dieser Entwicklung ist die Ausweitung des Strafrechts gegen vermeintliche „Volksverhetzung“ und der darauf folgende Beschluss des Bundestags über die Anerkennung des so genannten „Holodomor“ in der Sowjetukraine der frühen 1930er Jahre als

Völkermord. Damit haben die Herrschenden in Deutschland binnen weniger Wochen die massivsten antikommunistischen Angriffe seit Jahrzehnten durchgesetzt. Marxisten müssen darauf hinweisen und sich gegen diese Politik stellen.

Verschärfung des § 130 StGB: Neue Möglichkeiten für die Bourgeoisie

Schon im Oktober beschloss der Bundestag in einer medial kaum diskutierten Nacht-und-Nebel-Aktion die Verschärfung des § 130 StGB, des so genannten „Volksverhetzungsparagraphen“. Ursprünglich einmal gegen die „Aufreizung zum Klassenhass“ gerichtet, war dieser Paragraph schon immer weit davon entfernt, ein wirkungsvolles Instrument etwa gegen rassistische Hetze zu sein. Mit der Neuformulierung des Texts, der jetzt unter anderem

das „gröbliche Verharmlosen und Billigen“ von „Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen“ unter Strafe stellt, könnte der Paragraph künftig aber auch als rechtliche Grundlage dienen, um bspw. alle diejenigen zu belangen, die vermeintliche „Verbrechen des Kommunismus“ in Frage stellen. Zentral ist nämlich: Was genau als Völkermord oder Kriegsverbrechen eingestuft wird, ist nicht juristisch definiert und unterliegt z. B. auf Demonstrationen behördlicher Willkür.

Eine Kostprobe wurde uns bereits im Frühjahr geboten: Auf diversen Kundgebungen und Demonstrationen – etwa im April in Frankfurt oder zum 8./9. Mai in Berlin – wurden Symbole Russlands und der Donbass-„Volksrepubliken“, aber auch der Sowjetunion verboten, weil damit der „russische Angriffskrieg in der Ukraine verharmlost“ würde. Auf pro-ukrainischen Demonstrationen hingegen durften regel-



mäßig selbst Symbole faschistischer Kriegsverbrecher-Banden gezeigt werden, etwa das Wappen des Neonazi-Regiments „Asow“.

Nun wäre das Verbot der „Billigung von Kriegsverbrechen“ Russlands isoliert betrachtet nichts, über das sich Arbeiterbewegung und Linke den Kopf zerbrechen müssten. Die russische Invasion in die Ukraine ist schließlich ein reaktionärer Krieg, in dem es aus Sicht der Arbeiterklasse keine „gute Seite“ gibt. Der entscheidende Punkt ist aber: Solche Gesetze und Maßnahmen dienen nicht nur dem ideologischen Kampf des deutschen Kapitals gegen seine aktuellen imperialistische Rivalen aus Russland und China, sondern sind auch willkommene Instrumente, um jede Alternative zum herrschenden System zu kriminalisieren.

Es wäre für Regierung und Gerichte z. B. ein Leichtes, die historische Politik der Bolschewiki oder der Sowjetunion zum „Völkermord“ oder „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ zu erklären – und dann auf Grundlage des neu gefassten § 130 StGB beliebig öffentliches Zeigen kommunistischer Fahnen, linker Symbolik usw. als „Billigen, Leugnen und Verharmlosen“ von Völkermord zu bestrafen. Dass das keine pessimistische Dystopie ist, zeigen Beispiele wie das der Ukraine, Polens oder Ungarns, wo entsprechende antikommunistische Verbote seit Jahren in Kraft sind.

„Holodomor“: Geplanter sowjetischer „Hungerterror“?

Am 30. November beschloss der Bundestag auf Initiative der Ampel-Parteien und der Unionsfraktion einen Antrag, in dem der so genannte „Holodomor“ als gezielte „massenhafte Tötung durch Hunger“ und damit als Völkermord zur „Durchsetzung des sowjetischen Herrschafts- und Wirtschaftsmodells“ und zur „Unterdrückung der ukrainischen Lebensweise, Sprache und Kultur“ anerkannt wird. Damit ist ein selbst unter bürgerlichen Historikern stark umstrittener, aber von ukrainischen Nationalisten seit Jahrzehnten verbreiteter Verschwörungsmythos zur deutschen Staatsräson erklärt worden.

Hinter der These vom „Holodomor“ (ukrainisch etwa für: „Hunger-Mord“) steckt die Annahme, dass die verheerende Hungersnot im Südwesten der Sow-

jetunion 1932/33 mit mehreren Millionen Toten ein bewusster Genozid gewesen sei, den die sowjetische Führung in Moskau gezielt geplant und ausgeführt habe, um möglichst viele Ukrainer zu ermorden und die ukrainische Nation auszulöschen.

Wahr ist, dass es Anfang der 1930er Jahre in Teilen der UdSSR eine katastrophale Hungersnot gegeben hat, der bis zu 9 Mio. Menschen zum Opfer fielen. Dennoch ist die „Holodomor“-These historisch nicht haltbar: Weder waren von dieser Hungersnot ausschließlich Ukrainer betroffen (in der kasachischen Sowjetrepublik alleine starben etwa 40 % der gesamten Bevölkerung), noch lässt sich irgendwie seriös nachweisen, dass sie von der sowjetischen Führung begrüßt oder gar bewusst herbeigeführt worden wäre. Das Auftreten der Hungerkatastrophe war vielmehr Resultat einer Kombination aus ungünstigen Umweltbedingungen (auf eine Dürre 1931/32 folgten starke Regenfälle und Überschwemmungen, woraufhin sich Pflanzenkrankheiten ausbreiteten und die Ernte spürbar beeinträchtigten) und einer chaotischen Agrarpolitik der stalinistischen Partei- und Staatsspitze, die sich nach Ausbruch der Krisensituation eher alarmiert als erfreut zeigte und durch Senkung der Getreide-Exporte aus den Hungergebieten und Lieferung von Hungerhilfen auf die Krise zu reagieren versuchte.

Antikommunistischer Geschichtsrevisionismus

Hinter der Hungerkatastrophe der frühen 1930er Jahre in der UdSSR steckte durchaus auch politisches Versagen – aber ganz sicher kein perfider Völkermord-Plan teuflischer Bolschewisten, wie es der ukrainische Nationalismus mit seiner „Holodomor“-These seit Jahrzehnten propagiert.

Tatsächlich ist die Erzählung vom „sowjetischen Hunger-Genozid“ eng mit den Interessen der ukrainischen extremen Rechten verknüpft. Faschistische Elemente, besonders im vor 1939 nicht zur UdSSR gehörenden Westteil der Ukraine, hatten schon in den 1930er Jahren den Unmut, der sich in Teilen der ukrainischen Bevölkerung gegen die stalinistische Politik der Zwangskollektivierung und gegen die zunehmende Abkehr von der fortschrittlichen Nationalitätenpolitik der Revo-

lutionszeit (ukrainische Sprache und Kultur waren damals explizit gefördert worden) richtete, in reaktionäre Bahnen zu lenken versucht. Während des Zweiten Weltkriegs formierten diese Kräfte eine breite Kollaborationsbewegung mit den Nazi-Besatzern, die sich am faschistischen Massenmord an Juden, Kommunisten und zahlreichen anderen Menschen in der Ukraine beteiligte. Ihr bekanntestes Gesicht war der Faschist Stepan Bandera (1909–1959), der die „Ukrainische Aufstandsarmee“ (UPA) anführte – ein militant antikommunistischer Kampfverband, der zeitweise als Nazi-Hilfspolizei fungierte.

Nach Kriegsende war die „Holodomor“-These diesen Elementen ein willkommenes Mittel, um von den eigenen Verbrechen in der Kollaborationszeit abzulenken und sie als legitimen Widerstand gegen ein „kommunistisches Regime“ darzustellen.

Die im Bundestag beschlossene Anerkennung des „Holodomor“ als Völkermord ist ein Skandal, weil sie eine reale Hungerkatastrophe im Sinne eines nationalistischen Verschwörungsmythos deutet und diesen Verschwörungsmythos hoch offiziell zur deutschen Staatsräson erhebt. Mit der Verschärfung des § 130 StGB haben Regierungsparteien und bürgerliche Opposition zusätzlich das juristische Instrumentarium geschaffen, um diese Deutung zur einzig zulässigen zu erklären. Mit einer legitimen marxistischen Kritik am Stalinismus hat das alles natürlich nichts zu tun. Es geht Grünen, CDU und Co. um eine antikommunistische Generalabrechnung mit der Sowjetunion und dem Erbe der revolutionären Arbeiterbewegung, um die ideologische Deutungshoheit über unsere Geschichte und potenziell um ein neues Repressionsmittel gegen die heutige revolutionäre Linke. Wir revolutionären Marxisten haben die desaströse Politik des Stalinismus immer kritisiert und übernehmen keine Verantwortung für dessen reale Verbrechen. Aber wir verteidigen die Sowjetunion, vergleichbare Staaten und ihre historischen Errungenschaften dort, wo nicht System und Agieren der herrschenden bürokratischen Kaste verurteilt werden, sondern mittels antikommunistischer Verleumdungen die Berechtigung einer Systemalternative zum Kapitalismus schlechthin. Die letzten Wochen zeigen, dass dieser Kampf eine drängende Aufgabe ist.

Fortsetzung der Rückseite

Dass die Gewerkschaftsführung dabei den Kurs der Unternehmer und der Bundesregierung unterstützt, zeigt nicht zuletzt die Äußerung der DGB-Vorsitzenden Fahimi, die sich dafür aussprach, dass Unternehmen die über 50 Millionen Euro Energiepreisbremse erhalten dennoch ihre Dividenden ungestört auszahlen können.

Die hohen Forderungen zeigen das Potenzial für einen kämpferischen Auftakt. Dafür braucht es aber Druck von unten. Es braucht Betriebsversammlungen und den Willen der Kollegen um die Forderungen voll durchzusetzen. Unverzichtbar hierfür sind flächendeckende Streiks und zentrale Mobilisierungen. Onlinebefragungen reichen nicht aus, auf Streik- und Betriebsversammlungen können die Kollegen diskutieren und über die nächsten Schritte entscheiden. Diese müssen demokratisch und von unten organisiert werden! Denn wenn die Forderungen voll durchgesetzt werden sollen, dann braucht es auch starke Erzwingungsstreiks. Die wird es aber nur geben, wenn von unten genug Druck auf die Gewerkschaftsspitze aufgebaut werden kann.

Die anstehenden Tarifkämpfe eröffnen der Arbeiterbewegung eine große Chance. In ihnen können zentrale Fragen aufgegriffen werden, die in unzähligen anderen Unternehmen von großer Bedeutung sind: Eine deutliche Anhebung der Löhne, die Rückverstaatlichung öffentlicher Dienstleistungen, des gesamten Transportwesens und der Post, statt hoher Renditen die Absenkung der Arbeitszeit auf 30 Wochenstunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich und so ein entschlossener Kampf gegen weiteren Stellenabbau.

Noch dazu ist die massive Überlastung aufgrund von Personalmangel nicht nur im Krankenhausbereich, sondern auch bei der Post und im Transportwesen ein großes Problem für die Beschäftigten, und müsste durch Personalschlüssel und Entlastungstarifverträge in allen Bereichen bekämpft werden.

Die nahezu zeitgleich stattfindenden Tarifrunden von Millionen Beschäftigten könnten mit einem einheitlichen und kämpferischen Programm ein wichtiges Signal für Millionen weitere Beschäftigte in der Industrie sein, dass sich kämpfen lohnt und mit geeinter Kraft die Abwärtsspirale durchbrochen werden kann!

Eine Krise, die nicht abklingen wird: Die Weltwirtschaft vor dem Abgrund



Victor Taibo, Exekutivkomitee von Izquierda Revolucionaria

Der Kapitalismus steht vor einem neuen wirtschaftlichen Debakel. Während einige versuchen, die Situation mit dem imperialistischen Krieg in der Ukraine zu rechtfertigen, ist die Realität, dass dieser die tiefen Ungleichgewichte und Probleme, unter denen die Weltwirtschaft bereits vorher gelitten hat, nur noch verschlimmert hat.

Das Chaos, das uns droht und vor dem immer mehr Medien warnen, bestätigt, dass die Finanzoligarchie und ihre Regierungen ihr System nur über Wasser halten können, indem sie eine weitere Lawine von Verarmung, Ungleichheit und Totalitarismus auf die Menschheit abladen.

Neben den von vielen internationalen Gremien wie dem IWF und der OECD aufgestellten Perspektiven auf eine Rezession gibt es noch weitere große Probleme: Eine galoppierende Inflation, die Millionen von Menschen ins Elend stürzt und die die Gefahr einer lang anhaltenden Stagflation birgt; eine nie dagewesene öffentliche und priva-

te Verschuldung – 296 Billionen Dollar, 350 % des weltweiten BIP –, die es bei Ausbruch der Krise 2008 noch nicht gab und die den Handlungsspielraum von Regierungen und Zentralbanken auf ein Minimum reduziert hat; oder das Platzen verschiedener Spekulationsblasen an den Aktienmärkten und auf dem Markt für Staatsschulden, im Immobiliensektor und bei den Kryptowährungen.

Die Überproduktionskrise als Motor der Polarisierung

Um das Wesen der gegenwärtigen kapitalistischen Krise zu verstehen, muss man die ideologische Propaganda zurückweisen, die ein Thema dieser Größenordnung stets umgibt. Wie bei der Großen Rezession von 2008 erleben wir unterm Strich eine spezifische Form der Überproduktionskrise, die durch das hohe Maß an spekulativem und fiktivem Kapital, das nach wie vor in das Räderwerk der kapitalistischen Wirtschaft eingeführt wird, noch verstärkt wird.

Der Kapitalismus produziert, um

den kurzfristigen Unternehmensgewinn zu maximieren, und in diesem Prozess stößt die Kapitalakkumulation auf zwei grundlegende Hindernisse: das Privateigentum, das eine individuelle Aneignung des Mehrwerts bedeutet, obwohl der Charakter der Produktion zunehmend gesellschaftsübergreifend und international ist, und die Existenz nationaler Grenzen. Und auch wenn die globale Wirtschaft eine unumgängliche Realität ist, auch wenn die Internationalisierung der Lieferketten die gegenwärtige Form der Produktionsorganisation bestimmt, kommen diese Widersprüche immer wieder an die Oberfläche.

Die Hindernisse für produktive Investitionen in den traditionellen Sektoren der Wirtschaft, die sich aus den niedrigen Profitraten aufgrund der bestehenden Überkapazitäten und der Überproduktion von Rohstoffen ergeben, zwingen das große transnationale Kapital, die Finanzspekulation anzuhetzen, die Monopolisierung und Konzentration des Kapitals selbst zu verschärfen und zu massiven Rückkäufen von Unternehmensanteilen auf den Aktienmärkten zu greifen.

Diese massive und unkontrollierte Spekulation treibt die Inflationsspirale der Preise in die Höhe. Die großen Monopole und Investmentfonds haben mit Energie und Lebensmitteln einen großen Erfolg. Dabei gibt es keinen Mangel an Öl, Gas, Nahrungsmitteln oder vielen anderen Ressourcen oder Rohstoffen – ganz im Gegenteil!

Ein gutes Beispiel ist die Agrar- und Nahrungsmittelindustrie. Trotz brutaler Preiserhöhungen auf den internationalen Großhandelsmärkten von 20 % bei Weizen und bis zu 29 % bei Mais wird die weltweite Getreideproduktion nach Angaben der FAO im Wirtschaftsjahr 2022/2023 nur um 1,7 % zurückgehen und damit weiterhin einen Überschuss von 847,8 Mio. t aufweisen. Der Überschuss liegt unter dem des Rekordjahres 2021, aber über dem der Jahre 2018, 2019 und 2020. Bei Weizen, wo der Preisanstieg besonders auf den Ukrainekrieg geschoben wird, wird die Erzeugung voraussichtlich 787,2 Millionen Tonnen erreichen und damit einen neuen Höchststand.

Um es mit Lenin zu sagen: Ja, der Krieg ist schrecklich; schrecklich lukrativ. Nach Angaben internationaler Wirtschaftsinstitutionen könnten

die Unternehmensdividenden bis Ende 2022 mit 1,56 Billionen Dollar ein Allzeithoch erreichen, 14 % mehr als 2021 und 33 % mehr als 2020.

Das Paradoxe ist, dass der Kapitalismus bereits die Mittel und die Technologie hervorgebracht hat, um all diese Übel zu vermeiden. Aber seine eigenen Gesetze, seine Funktionsweise, wie sie von Marx brillant aufgezeigt wurden, verhindern, dass all diese sozialen Probleme gelöst werden, ebenso wie sie verhindern, dass die Produktion im Gleichgewicht mit dem Planeten und der Umwelt geplant werden kann.

Wirtschaftsnationalismus und Handelskrieg

Die Krise wird durch den immer härter werdenden Kampf zwischen den großen imperialistischen Mächten und Blöcken, zwischen den USA und China und ihren jeweiligen Verbündeten, angeheizt. In einem Kampf auf Leben und Tod um größere Marktanteile, die Kontrolle über Rohstoffquellen und Versorgungsketten und dem Bestreben, die rezessiven Tendenzen der Wirtschaft auf ihre Konkurrenten abzuwälzen, greifen sie auf Wirtschaftsnationalismus und Handelskriege zurück. Es ist ein Kampf um die wirtschaftliche Vorherrschaft, der seine natürliche Fortsetzung in der militärischen und geostrategischen Sphäre hat, wie wir in der Ukraine sehen.

Diese Strategie provoziert einen aggressiven Handelskrieg gegen den Rest der Welt und sogar einige der wichtigsten Verbündeten der USA. Die Folgen sind bereits sichtbar: der Anstieg der Verschuldung in Dollar vieler Länder, insbesondere der Schwellenländer, der sie zu massiven Zahlungsausfällen und Konkursen treibt (wie es bereits in Sri Lanka geschehen ist) oder der Zusammenbruch von Währungen wie dem Pfund in Großbritannien und dem Yen in Japan, die 26 % bzw. 20 % ihres Wertes verloren haben.

Die Politiker in Washington und die US-Bourgeoisie versuchen, ihre Krise und ihre Inflation zu exportieren und ihre wirtschaftliche Stärke gegenüber China wiederzuerlangen, aber sie können das nur um den Preis tun, ihre Verbündeten in Europa und anderswo in der Welt zu unterminieren.

Frankreich, Deutschland und die EU selbst mussten bereits Alarm schla-

gen angesichts dieser aggressiven nationalistischen Politik Bidens, dessen Regierung vor kurzem den Inflation Reduction Act verabschiedet hat, der Steuersenkungen und Anreize in Höhe von mehr als 400 Milliarden Dollar für Unternehmen vorsieht, die im Inland investieren. Eine Politik, die in erster Linie den großen multinationalen US-Konzernen zugutekommt, da sie ihnen einen klaren Wettbewerbsvorteil verschafft, und die auch die Verlagerung und das Outsourcing von Unternehmen in die USA begünstigt. Und das vor dem Hintergrund einer ernstesten Energiekrise in Europa, dessen Industrie auf US-amerikanisches Flüssigerdgas (LNG) zurückgreifen muss, das wesentlich teurer ist als in Russland und den USA selbst!

Dieser Weg des offenen Handelskriegs wird jedoch die kapitalistische Krise und die sich abzeichnende schwere Rezession weiter verschärfen.

Der Niedergang des Kolosses

Der von Trump angezettelte Wirtschaftskrieg ist eine Frage von Leben und Tod für die herrschende Klasse und den US-Imperialismus. Daher kommt die zunehmende Aggressivität der Regierung Biden, die mit neuen Sanktionen versucht, die wirtschaftliche und technologische Expansion des chinesischen Riesen zu bremsen. Die jüngste Maßnahme dieser Agenda ist das Verbot für alle Halbleiterhersteller die mit US-Technologie operieren, Chips nach China zu liefern.

Im Kampf um die Vorherrschaft zeigen die USA und der westliche Block jedoch weiterhin ihre Schwächen. Die Verschärfung dieses Wirtschafts- und Handelskriegs, protektionistische Maßnahmen, Zinserhöhungen und Abwertungen führen zu einer immer stärkeren Rezession und sogar zu einer möglichen Depression. Es ist eine ähnliche Entwicklung wie die nach dem Crash von 1929, die schließlich im Zweiten Weltkrieg mündete. Wirtschaftsnationalismus ist angesichts des Zusammenbruchs der kapitalistischen Wirtschaft völlig machtlos.

Die USA versuchen weiterhin mit verzweifelten Maßnahmen, ihren Niedergang und den Aufstieg des chinesischen Riesen aufzuhalten. Die Realität ist jedoch, dass sowohl die amerikanischen Kapitalisten als auch ihre

europäischen und asiatischen Verbänden in ihrem Streben nach höheren Gewinnen gleichzeitig weiterhin Rekordinvestitionen in China tätigen.

In den ersten acht Monaten des Jahres 2022 stiegen die ausländischen Direktinvestitionen in China insgesamt um 16,4 %.

In völliger Schizophrenie kritisieren die internationalen Institutionen sowie westliche Regierungen und Analysten selbst zwar die chinesische Bedrohung, verweisen aber gleichzeitig auf den Markt des asiatischen Riesen als einzige Garantie zur Vermeidung einer schweren Rezession oder einer noch nie dagewesenen Depression. Das ist verständlich, wenn man bedenkt, dass der Beitrag Chinas zum weltweiten Wachstum zwischen 2013 und 2021 38,6 % betragen hat, verglichen mit den 20 % der USA.

Die europäische Einheit bekommt Risse

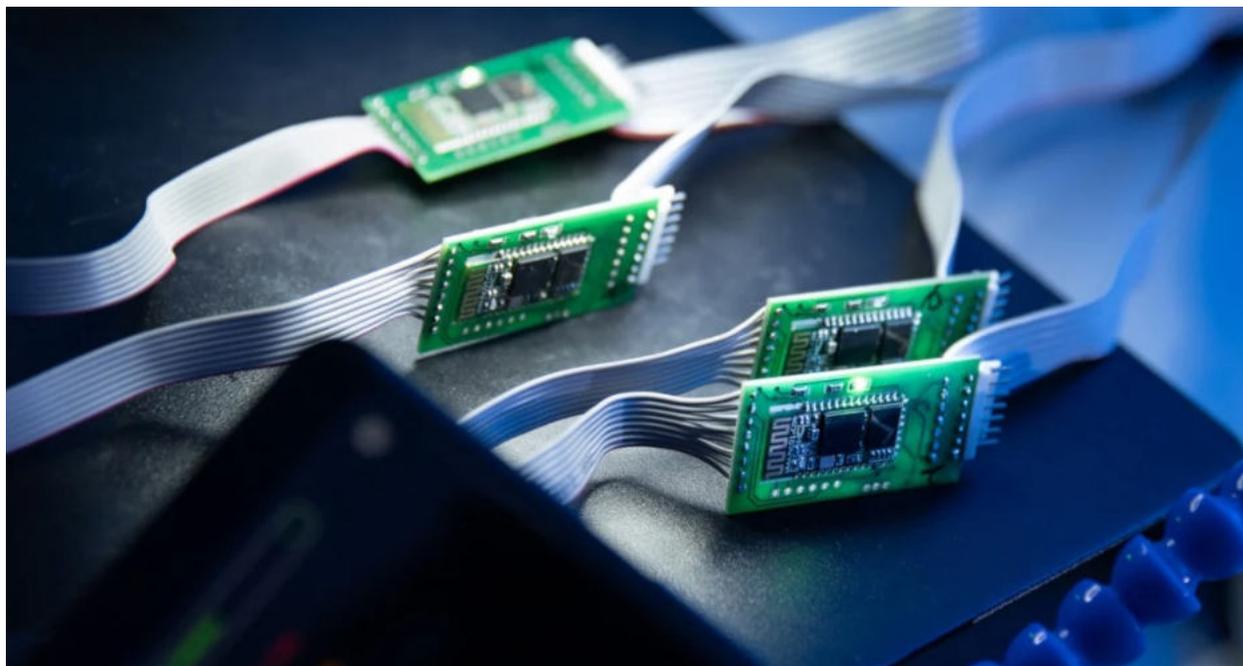
Das Epizentrum dieser Krise ist Europa, das dazu verdammt ist, noch weiter zurückzufallen. Während China zwischen 2009 und 2020 eine jährliche Wachstumsrate von 7,36 % und die USA von 1,38 % verzeichneten, lag die jährliche Wachstumsrate der EU bei mageren 0,48 %. Im Jahr 2005 entfielen auf die EU 20 % des weltweiten BIP, 2030 werden es nur noch 10 % sein.

Der imperialistische Krieg in der Ukraine bringt den europäischen Kontinent und Deutschland, seinen industriellen Motor, an einen kritischen Punkt. Der Bruch mit den billigen russischen Energiequellen, die für die Wettbewerbsfähigkeit des Landes entscheidend sind, setzt es unter großen Druck.

Die Gaspreise in Europa haben sich im Vergleich zu 2021 verdreifacht und im Vergleich zu 2019-2020, also vor der Pandemie, verzehnfacht. In Deutschland waren die Preise im August um 139 % höher als noch ein Jahr zuvor.

Die Energiekosten in Europa sind von 2 % auf 12 % des BIP gestiegen, was

den Klassen, zu Massenprotesten, Aufständen und sogar revolutionären Kri-



die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und europäischen Industrie untergräbt und die Vernichtung eines Teils dieser Industrie zugunsten Chinas oder der USA bedeuten könnte. Der starke Anstieg des Handelsdefizits der EU mit neuen Rekordwerten seit Beginn der statistischen Aufzeichnungen macht das deutlich.

Und das alles, während die EU eine Inflationsrate von 11,5 % überschreitet und Länder wie die Niederlande, Belgien, Polen und die baltischen Staaten bereits nahe oder über 20 % liegen! Diese Situation, die keine Anzeichen einer baldigen Erholung erkennen lässt und die bereits starke soziale Proteste hervorruft, verdammt den Kontinent in der kommenden Zeit zu einem heftigen Klassenkampf.

Früher oder später wird die unhaltbare Situation der Verschuldung die EU dazu veranlassen, zu einer harten Sparpolitik mit weiteren Kürzungen und Anpassungen zurückzukehren. Wo das noch nicht offen auf dem Tisch ist, liegt das an der Angst der EU-Bürokratie und der Regierungen vor unkontrollierbaren sozialen Ausbrüchen.

Für eine revolutionäre Alternative zur kapitalistischen Krise

Die kapitalistische Krise führt zu einem frontalen Zusammenstoß zwischen

sen. Europa wird im Mittelpunkt dieser Prozesse stehen. Das Erstarken der extremen Rechten ist ein weiteres Zeichen für die Tiefe der Krise. Auf der anderen Seite aber ist die Zunahme der sozialen Proteste und Streiks, die zunehmende Radikalisierung all dieser Kämpfe und die zentrale Rolle, die die europäische Arbeiterklasse bereits jetzt spielt und in der kommenden Zeit spielen wird.

Die Situation in Großbritannien ist ein Vorzeichen von dem, was kommen wird. Das Scheitern von Boris Johnson, seiner Nachfolgerin Theresa May und der derzeitigen Sunak-Regierung ist das Scheitern des Brexit, das Scheitern eines nationalen Auswegs aus der globalen kapitalistischen Krise und der verschiedenen Spielarten einer erbärmlichen Sozialdemokratie, die trotz aller gegenteiligen Beweise und der tiefen Krise weiterhin für einen Kapitalismus mit menschlichem Antlitz, „reformistisch“ und „integrativ“, eintritt.

Die ständigen Klagen einiger so genannter „Theoretiker“ über den niedrigen Bewusstseinsstand der Arbeiterklasse sind durch die Ereignisse der letzten Jahre beantwortet worden. Die Rebellion der britischen Arbeiterklasse oder der Aufstand der Unterdrückten in Peru zeigen, dass die Bedingungen für den Kampf um Sozialismus und die endgültige Überwindung des kapitalistischen Systems mehr als reif sind.

USA: Trump, der Angriff auf den Kongress und die Zukunft der Republikanischen Partei



Iban Sadara, Izquierda Revolucionaria Andalusien

Zwei Jahre nach der Erstürmung des Kapitols durch Trump-Anhänger wurde der Bericht des Sonderuntersuchungsausschusses des Repräsentantenhauses zu den Ereignissen veröffentlicht, der bestätigt, dass es sich um einen versuchten Staatsstreich handelte, angeführt von Trump.

Gleichzeitig fehlten zum ersten Mal seit 164 Jahren, d. h. seit 1859, ein Jahr vor dem Beginn des Bürgerkriegs, 15 Stimmen, um den Präsidenten des neuen Kongresses mit republikanischer Mehrheit, Kevin McCarthy, zu wählen, was auf den Widerstand der extremsten Teile der Republikanischen Partei zurückzuführen ist, die sich um den Freedom Caucus gruppieren.

Dieser neue Sprung in der Krise der republikanischen Partei ist das Ergebnis einer noch stärkeren Hinwendung zahlreicher Vertreter der republikanischen Partei zur extremen Rechten, ja sogar zu offen faschistischen Positionen, die im Einklang mit ihrer zunehmend trumpistischen und extremrechten gesellschaftlichen Basis stehen.

Die Situation wurde schließlich entschärft, aber erst nachdem McCarthy (selbst ein Ultrakonservativer, der sehr vorsichtig war, Trump zu kritisieren) dem faschistischen Sektor, der sich im Freedom Caucus zusammengeschlossen hat, vollständig nachgegeben hat. Trump hat in diese Ereig-

nisse direkt eingegriffen und einmal mehr seine Vormachtstellung und Kontrolle über die Republikanische Partei demonstriert.

McCarthy selbst hat sich bei Trump für sein Eingreifen bedankt und hat die grundlegenden Forderungen der Mitglieder des Freedom Caucus akzeptiert: dass sie in der wichtigsten Kommission des Kongresses, die über die Gesetzgebungsverfahren entscheidet, eine Mehrheit bilden; dass Ausgaben nur im Austausch gegen harte und schnelle Kürzungen durch das Weiße Haus genehmigt werden; dass die Kommission, die den Angriff auf den Kongress untersucht hat, endgültig begraben wird, und dass stattdessen eine Kommission eingesetzt wird, die die „willkürlichen“ Aktionen der Biden-Administration untersucht, einschließlich der Durchsichtung von Trumps Anwesen in Florida. Mit anderen Worten: ein uneingeschränkter Sieg für Trump und den Trumpismus.

Untersuchungskommission des Kongresses bestätigt Trumps Coup

Nach anderthalb Jahren mit Vorladungen und mehr als tausend Befragungen macht der Bericht den ehemaligen Präsidenten Trump als Hauptverantwortlichen für die Ereignisse vom 6. Januar 2021 aus und fordert das Justizministerium zum ersten Mal in der Geschichte des Landes auf, einen ehemaligen Präsidenten wegen An-

stiftung zum Aufruhr, Behinderung eines offiziellen Kongressverfahrens, versuchten Betrugs gegen die Vereinigten Staaten und Verschwörung zur Vorlage falscher Wahlprotokolle im Kongress anzuklagen.

Der Ausschuss, der sich aus sieben Demokraten und zwei Republikanern zusammensetzt, die mit Trump zerstritten sind, hat durch Hunderte von Zeugenaussagen und die Durchsicht von mehr als einer Million Dokumenten die Beteiligung von Donald Trump und seinen wichtigsten Beratern am Staatsstreich aufgedeckt. Obwohl es keinen juristischen Weg gibt (das Justizministerium führt seine eigenen Ermittlungen durch), handelt es sich um einen vollwertigen politischen Prozess, wenn auch mit vielen Einschränkungen, da er nicht von der Republikanischen Partei unterstützt wird.

Die beiden Republikaner Adam Kinzinger und Liz Cheney, die in der Kommission mitgearbeitet haben, haben das gegen die Linie ihrer Partei getan und wurden von ihren Kollegen geächtet, so dass sie schließlich bei den Wahlen im November ihre Sitze verloren haben. Die neue republikanische Mehrheit im Kongress, die noch weiter rechts steht, wird jede Abstimmung oder Erklärung, die die Ergebnisse der Kommission unterstützt, verhindern.

Die Schwierigkeiten bei der Wahl von Kevin McCarthy zum Sprecher des Kongresses waren gerade durch dieses Thema geprägt, da rechte Kon-

gressabgeordnete ihm vorwarfen, zu weich und gemäßigt zu sein, da er einmal Trumps Rolle bei den Ereignissen vom 6. Januar in Frage stellte, um es dann am nächsten Tag wieder zu widerrufen. Die Tatsache, dass diese Gruppe von nur 20 Kongressabgeordneten einen derartigen Druck ausüben kann, zeigt auch, wie weit der Rechtsruck in der sozialen Basis der Republikaner gediehen ist.

Die Sonderkommission und die Demokratische Partei versuchen, die Beteiligung des Staatsapparats zu vertuschen

Aber selbst die Kongressabgeordneten, die an der Kommission teilgenommen habe (im Wesentlichen die Demokratische Partei) haben sich sehr davor gehütet, Institutionen wie das Justizministerium oder den Geheimdienst in Trumps Putschversuch hineinzuziehen. Der Bericht urteilt kategorisch: „Die eigentliche Ursache für den 6. Januar war ein Mann, der ehemalige Präsident Trump, und viele andere folgten. Nichts von dem, was an diesem Tag geschah, wäre ohne ihn geschehen.“

Trotz des skurrilen Aussehens einiger der Angreifer, das von einigen zur Verharmlosung des Staatsstrechs benutzt wurde, wird in dem Bericht schwarz auf weiß beschrieben, dass es sich um einen regelrechten Putschversuch handelte, bei dem versucht wurde, die Machtübergabe an und die Anerkennung von Biden zu verhindern, indem Druck von Trumps eigenem Team sowie von der Republikanischen Partei gegen Mitarbeiter von Wahllokalen und vom Justizministerium ausgeübt wurde, bis hin zur direkten Anwendung von Gewalt, die an diesem Tag und in den Monaten zuvor vom ehemaligen Präsidenten selbst gefördert wurde.

Von Trump mit Tweets wie „Big protest in Washington on January 6“ und „Be there, it's going beastly!“ aufgerufen und während der Kundgebung angestachelt, stürmten mehr als 1.000 Menschen das Kapitol genau zu dem Zeitpunkt, als das Repräsentantenhaus den Sieg von Joe Biden bestätigen sollte; eine Formalität, die fünf Stunden lang lahmgelegt wurde und die die tiefe Polarisierung wichtiger Teile der US-Gesellschaft in Richtung der extremen Rechten und das Aufkommen bonapartistischer Tendenzen in einem

großen Teil des Staatsapparats offenlegt. Zu glauben, dass dies alles auf Trumps individuelle Initiative zurückzuführen ist, würde die zugrunde liegenden Trends verkennen.

Zu den Teilnehmern der Kundgebung gehörten Mitglieder offen faschistischer paramilitärischer Organisationen wie die Oath Keepers, Mitglieder der Proud Boys, Milizen wie die Three Percenters und Anhänger der Verschwörungstheorie QAnon. Das Ergebnis des Angriffs waren 5 Tote und mehr als 140 verwundete Beamte. Um eine Vorstellung von der Art von Trumps Aufruf zu bekommen: Der Geheimdienst beschlagnahmte während der von Trump abgehaltenen Kundgebung nur 2 km vom Kapitol entfernt 242 Kanister Pfefferspray, 269 Messer oder Klängen, 18 Schlagringe und 18 Taser, sechs kugelsichere Westen, drei Gasmasken, 30 Schlagstöcke oder stumpfe Instrumente und 17 verschiedene Gegenstände wie Scheren, Nadeln oder Schraubenzieher; nicht eingerechnet die Anhänger, die mit Schusswaffen vollkommen legal durch die Sicherheitskontrollen kamen.

Der Bericht hat versucht, die Beteiligung der Verwaltungsstellen während des Angriffs zu vertuschen, indem er ausschließlich Trump verantwortlich gemacht hat. Aber einige Zeugenaussagen, wie die des Generals der Nationalgarde William Walker, haben angeprangert, dass das Pentagon, mit dem Verteidigungsminister selbst an der Spitze, mehr als 3 Stunden gebraucht hat, um den Befehl zum Einsatz des Militärs zu geben. Auch die Berichte des FBI und der Capitol Police, in denen vor der eindeutigen Gefahr gewarnt wurde, dass am 6. Januar die Teilnehmer der Kundgebung in das Gelände eindringen könnten, ohne dass die Sicherheitsvorkehrungen im Geringsten verstärkt wurden, zeigen die Beteiligung von Teilen des Staatsapparats.

Trump, Trumpismus und die Republikanische Partei

Trotz der moralischen Verurteilung, mit der dieser Bericht schließt, bleibt die ultrareaktionäre soziale Basis des ehemaligen Präsidenten solide. Das schlechte Abschneiden einiger von Trumps Kandidaten bei den Wahlen im November und der Verlust der Möglichkeit, den Demokraten die Kontrolle über den Senat zu entreißen,

haben in der Republikanischen Partei einige Risse entstehen lassen. Anlässlich der Wahl des neuen Sprechers des Repräsentantenhauses, die mit einem neuen überwältigenden Sieg des radikalsten Trumpismus endete, sind diese Risse zu einem offenen und öffentlichen Kampf geworden.

Mit der Ankündigung seiner Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen 2024, kurz nach den schlechten Wahlergebnissen, hat Trump versucht, die Initiative zurückzugewinnen und seine Position mit einer Rolle als „Vermittler“ zu festigen, um die neue Krise der Republikaner zu entschärfen.

Obwohl es Teile der Republikaner gibt, die ihn gerne abschreiben und mit scheinbar weniger kontroversen Kandidaten wie Ron DeSantis, Gouverneur von Florida, oder Ted Cruz, Gouverneur von Texas, ersetzen würden, ist die Realität, dass die Republikanische Partei völlig im Trumpismus und allem, was er darstellt, gefangen ist. Selbst diese möglichen Alternativkandidaten identifizieren sich mit den reaktionärsten und ultrareaktionärsten Sektoren des Republikanismus, während all jene, die sich für eine Mäßigung einsetzten, völlig an den Rand gedrängt werden.

Der eigentliche Konflikt, der im Kongress entfesselt wurde, besteht nicht zwischen Extremisten und Gemäßigten, sondern zwischen einem offenen faschistischen Teil der Republikanischen Partei und ultrareaktionären Sektoren, die letztlich auch Trump weiterhin grundsätzlich unterstützen; wie etwa Kevin McCarthy selbst, der Trump für seine Rolle nach seiner Wahl gedankt hat. Jede Andeutung von Mäßigung innerhalb der Republikanischen Partei, wie die bürgerlichen Medien suggerieren, ist reine Fantasie.

Einigen Berichten zufolge wäre DeSantis der am besten aufgestellte Kandidat, um Trump zu besiegen, obwohl das Wahlsystem innerhalb der republikanischen Partei, insbesondere wenn mehrere Kandidaten aufgestellt werden, Trump begünstigen könnte, der – zumindest im Moment – eine breite und stark mobilisierte Unterstützerbasis beibehält. In jedem Fall wird dieser oder ein anderer Kandidat Trump nur schlagen können, wenn er seine Rhetorik und sein Programm übernimmt oder noch weiter nach rechts rückt.

Es ist zu früh, um zu sagen, was genau passieren wird, aber die grundle-

gende Tendenz ist klar: Das Phänomen des Trumpismus würde mit Trump nicht verschwinden. Die tiefe soziale Polari-

sierung auf der linken und rechten Seite und die Verschärfung des Klassenkampfes werden auch weiterhin die po-

litische Situation in den USA prägen.

Versuchter Staatsstreich in Brasilien: **Reaktionäre Kräfte, die zu allem bereit sind**



Erklärung der Internationalen Revolutionären Linken

Die Organisationen der Arbeiterklasse müssen den Faschisten und der Oligarchie mit einem Generalstreik entgentreten!

Am Sonntag, den 8. Januar, stürmten Tausende von Anhängern des ehemaligen brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro gleichzeitig das Parlamentsgebäude, den obersten Gerichtshof und den Präsidentenpalast Planalto in Brasília. In einer Szenerie, die eine Kopie des von Donald Trump und seinen Anhängern in den USA organisierten Staatsstreichs vor zwei Jahren zu sein schien, forderten Zehntausende die Armee auf, die Macht zu übernehmen und Lula zu stürzen, der bei den

Wahlen vom 30. Oktober 2022 zum Präsidenten Brasiliens gewählt wurde.

Die ersten Medienberichte sprechen von mehr als 260 Verhafteten, und obwohl die kapitalistischen Medien, unterstützt von Lulas eigener Regierung, darauf bestehen, dass die Situation jetzt völlig unter Kontrolle ist und diese Ereignisse als „die letzten Atemzüge des Bolsonarismus“ darstellen, sieht die Realität ganz anders aus.

Ein Staatsstreich ohne die Unterstützung der herrschenden Klasse?

Bolsonaros Putschstrategie ist kein Ausdruck seiner angeblichen Verrücktheit und Verzweiflung. Noch viel weniger ist sie ein Beweis für seine Isolation. Wenn etwas aus diesem Putschversuch hervorgeht, dann, dass er die

Unterstützung entscheidender Teile der Finanz- und Industriebourgeoisie und des Staatsapparats hat, angefangen bei im Militär und der Polizei. Darüber hinaus wird Bolsonaro von so genannten Milizen (paramilitärischen Gruppen, die mit dem Drogenhandel, der Polizeimafia und den Großgrundbesitzern verbunden sind) unterstützt, deren harter Kern aus Zehntausenden mobilisierter und bewaffneter Faschisten besteht.

Die wichtigsten Personen, die der Kollaboration mit den Putschisten beschuldigt werden, sind Bolsonaros Gouverneur des Distrikts Brasília selbst, Ibaneis Rocha, und sein Polizeichef, Anderson Torres, ein ehemaliger Minister Bolsonaros. Aber das ist nur die Spitze des Eisbergs. Es ist unmöglich, monatelang faschistische Camps vor Kasernen und öffentlichen Gebäuden

aufrechtzuerhalten und aus diesen heraus zum Staatsstreich aufzurufen, oder Hunderte von Bussen quer durch das ganze Land nach Brasilia zu mobilisieren, um ihn auszuführen, ohne die finanzielle und politische Unterstützung von Geschäftsleuten, Bankern, Landbesitzern und die Komplizenschaft zahlreicher regionaler Gouverneure und der Kommandeure von Armee und Polizei zu genießen. Journalisten und Augenzeugen haben Bilder von Polizisten veröffentlicht, die Selfies mit den Angreifern machen, und von Offizieren, die befehlen, sich zurückzuhalten und sie handeln zu lassen. Hinzu kommt, dass hochrangige Regierungsvertreter angesichts dieser bereits seit Wochen bekannten Demonstration, bei der die Gefahr eines gewaltsamen Staatsstreichs offensichtlich war, nur 200 Soldaten zum Schutz des Präsidentenpalastes abgestellt haben.

Dass dieser Putschversuch nicht geglückt ist, liegt sicherlich nicht daran, dass ein Großteil der herrschenden Klasse sich zur Demokratie bekennt, wie die Führung der PT und viele in der PSOL und den Gewerkschaften behaupten. Ein erbärmlich naives Argument, das die Realität vollkommen verleugnet.

Pakte mit der Rechten und das Vorgehen der Regierung Lulas angesichts des Putsches

Die gesamte herrschende Klasse ist sich über das Ziel einig: die Lasten der Krise des weltweiten und des brasilianischen Kapitalismus den Massen aufzubürden, die sozialen und demokratischen Rechte weiter anzugreifen und die Mobilisierung der Arbeiter und des Volkes zu unterdrücken. Der Unterschied liegt im Tempo und in der Taktik, mit der das geschehen soll.

Ein Sektor hat sich entschlossen an dieser ersten Putschoffensive beteiligt, während ein anderer sich zurückgehalten und die Entwicklungen abgewartet hat. Selbst die Teile der herrschenden Klasse, die zumindest im Moment daraufsetzen, Lula und die PT zu benutzen, um die Massen zu bremsen, zu zermürben und zu demoralisieren, haben die Putschisten bis zu einem gewissen Grad gewähren lassen und nutzen die Androhung neuer Anschläge, um von Lula zu verlangen, sein Programm weiter zu mäßigen.



Eine der direkten Folgen von Lulas Strategie, mit der Rechten zu paktieren, um Bolsonaro zu „konfrontieren“ und die Demokratie zu „verteidigen“, war die Aufnahme von Vertretern der Bourgeoisie und der politischen Rechten in seine Regierung. Ein besonders skandalöser Fall ist der des Verteidigungsministers José Mucio. Mucio, der für seine Verbindungen zu den reaktionärsten Sektoren der Armee bekannt ist, hat sich selbst als Freund von Bolsonaro bezeichnet, mit dem er mehrere Jahre in der gleichen Partei war, und behauptet, auch die faschistischen Elemente „gehören zur Demokratie“ und die Zugehörigkeit von „Freunden und Familienangehörigen“ zu faschistischen Gruppen zugegeben. Es überrascht nicht, dass Lulas Anweisung an Mucio, die faschistischen Lager und Camps aufzulösen, die nach der Wahl in verschiedenen Teilen des Landes entstanden sind, von diesem konsequent ignoriert wurde.

Aber Mucio ist nicht allein. Vizepräsident Alckmin und Ministerin Simone Tebet, die Kandidatin des rechten Flügels im ersten Wahlgang war, sind prominente Vertreter der Bourgeoisie, die eine neoliberale und reaktionäre Politik vertreten. Andere Minister haben bereits deutlich gemacht, dass es am besten wäre, auf Forderungen wie nach dem vollen Recht auf Abtreibung und andere demokratische und soziale Forderungen zu verzichten, um die Faschisten nicht zu verärgern und die Gemüter nicht weiter zu erhitzen.

Wie etliche historischen Erfahrungen zeigen und die jüngste Erfahrung in Peru nochmal bestätigt, haben diese Verzichtserklärungen und Zugeständnisse keineswegs eine Beruhigung der herrschenden Klasse und der Konterrevolution zur Folge, sondern bewirken genau das Gegenteil: Sie demobilisieren und demoralisieren die Massen und erleichtern die Putschpläne auch noch!

Die Imperialisten gegen den Putsch?

Ein weiteres Argument, das die kapitalistischen Medien, die PT-Führer und andere Teile der reformistischen Linken anführen, ist die angeblich fehlende „ausländische Unterstützung“ für den Putschversuch und die einheitliche Verurteilung durch die internationale Gemeinschaft. Erklärungen von Joe Biden und verschiedenen US-Regierungssprechern, die „jeden Angriff auf die brasilianische Demokratie“ zurückweisen, werden als unumstößliche Beweise angeführt.

Niemand ist blinder als der, der nicht sehen will. Das Beispiel von Peru ist eindeutig, wie wir bereits erklärt haben: Der US-Imperialismus hat – aus Angst, dass ein verfrühter Staatsstreich einen revolutionären Ausbruch und ein Fiasko wie in Bolivien oder Venezuela provozieren könnte – den linken peruanischen Präsidenten Pedro Castillo anderthalb Jahre lang anerkannt und „Respekt“ für die peruanische Demokratie verkündet (so wie sie es heute

mit Brasilien tun), gleichzeitig aber von Castillo den Verzicht auf jegliche linke Maßnahmen gefordert. Sobald es möglich war, kramte Washington das alte Putschhandbuch hervor, um den rechtmäßigen, an der Wahlurne gewählten Präsidenten zu stürzen.

Was den chinesischen Imperialismus angeht, so ist China der führende Importeur und Exporteur nach Brasilien und vergrößert Jahr für Jahr den Abstand zu den USA und der EU. Im Gegensatz zur US-Delegation, die von einer zweitrangigen, wenig prominenten Persönlichkeit angeführt wurde, schickte China den Vizepräsidenten Wang Quixan zu Lulas Amtseinführung, zusammen mit einem persönlichen Schreiben von Xi Jinping, in dem er Lula eingeladen hat, China zu besuchen und die Beziehungen zwischen den beiden Ländern und den restlichen BRICS-Staaten weiter zu stärken.

Lula hat sich für eine Ausweitung der Beziehungen zu China ausgesprochen, während er gleichzeitig auf eine „ausgewogene und pragmatische Beziehung“ zum asiatischen Imperialismus und dessen Rivalen USA bestanden hat, um die Situation des brasilianischen Kapitalismus zu verbessern. Er hat auch die Stärkung der CELAC gefordert, die 2010 von seiner Regierung zusammen mit anderen lateinamerikanischen Ländern gegründet wurde, um eine stärkere Position Lateinamerikas außerhalb der von den USA kontrollierten OAS anzustreben. Das alles ist Lichtjahre von einer antiimperialistischen Politik entfernt, wird aber in Washington mit Misstrauen betrachtet, das sich selbst in einem ungezügelter Kampf um die globale Hegemonie zu einer immer aggressiveren Politik gegenüber China gezwungen sieht.

Angesichts der Auswirkungen, die ein offen faschistischer Staatsstreich in einem Schlüsselland wie Brasilien auf den gesamten Kontinent haben würde, ziehen es Biden und die US-Bourgeoisie aber vorerst vor, bei diplomatischem Druck zu verbleiben.

Die Drohkulisse nach den Ereignissen in Brasília wird nicht nur von der brasilianischen Bourgeoisie, sondern auch vom Weißen Haus genutzt werden, um von Lula nicht nur in der Sozialpolitik, sondern in allen Bereichen einen noch stärkeren Rechtsruck zu fordern.



Mobilisierung der Arbeiterklasse mit einem sozialistischen Programm!

Das Beharren der PT-Führer, alles unter Kontrolle zu haben und auf breite Mobilisierungen zu verzichten, ist ein Weg in die Katastrophe. Sie kann nur neue Putschversuche ermutigen und eher früher als später den Sieg der Reaktion erleichtern. Um Bolsonaro und seine Verbündeten zu besiegen, müssen wir mit größtmöglicher Entschlossenheit reagieren: einen Generalstreik und Massenmobilisierungen gegen den Putsch organisieren, die von Aktionskomitees und Arbeiter- und Volksversammlungen in jedem Viertel, an jedem Arbeitsplatz und in jeder Schule und Universität unterstützt und organisiert werden müssen. Genau das ist die Aufgabe der kämpferischen und klassenbewussten Linken in den Gewerkschaften und sozialen Bewegungen. Es ist ein großer Fehler, von der „Stärke“ der brasilianischen Demokratie zu sprechen: Stattdessen müssen wir die exemplarische Bestrafung all derer, die für den Putsch verantwortlich sind (angefangen bei Bolsonaro selbst und den Gouverneuren, Polizeichefs, Kapitalisten und Landbesitzern, die ihn unterstützen) fordern! Das kann aber nur durch den kühnsten und entschlossensten Klassenkampf durchgesetzt werden!

Ein solcher Kampfplan muss Hand in Hand gehen mit der Verteidigung eines sozialistischen Programms, das alle Forderungen der Massen aufgreift, das die Aktivisten der Arbeiter- und Bauernbewegung, die Landlosen, die schwarze Bevölkerung, die Ureinwohner und die eingewanderten Arbeiter,

die Organisationen, die für menschenwürdiges Wohnen kämpfen, die Frauen- und LGBTQ-Bewegung vereint und erklärt, dass es durchaus möglich ist, all diese Forderungen schon heute unter einer einzigen Bedingung zu erfüllen: die Enteignung der Kapitalisten, der Großgrundbesitzer und der multinationalen Konzerne, die Verstaatlichung der Banken, des Großkapitals und des Bodens unter der demokratischen Kontrolle der Arbeiterklasse.

Mit diesem Programm würde das brasilianische Proletariat seine ganze Kraft entfalten und alle Unterdrückten vereinen und mobilisieren, um den Faschismus hinwegzufegen; es würde es ermöglichen, auch Sektoren der vom Kapitalismus verarmten Mittelschichten anzuziehen, die, enttäuscht von den PT-Regierungen, in Demoralisierung verfallen sind und eine fruchtbare Basis für den Bolsonarismus bilden. Jüngsten Umfragen zufolge haben 49 % der Wähler für Bolsonaro gestimmt, aber nur 20 % bezeichnen sich als Bolsonaristen und unterstützen sein autoritäres und reaktionäres Programm!

Eine wirklich revolutionäre Politik würde diese Sektoren wie ein Magnet anziehen. Natürlich muss dieses Programm auch die Organisation von Selbstverteidigung der Arbeiterklasse und einen Aufruf an die Basis der Armee beinhalten, Soldatenkomitees gegen den Faschismus zu organisieren.

Der versuchte Staatsstreich vom 8. Januar ist eine neue und ernsthafte Warnung vor dem, was auf dem Spiel steht. Es ist eine erste Schlacht in einem Kampf, der in der kommenden Zeit sehr hart weitergehen wird.

Tarifrunde bei ver.di, Post & EVG

**Juri Zinn,
Marxistische
Organisation
Offensiv**

Anfang 2023 finden mehrere wichtige Tarifrunden statt, insbesondere die zum TVöD, bei fünfzig Unternehmen der Verkehrsbranche und bei der Post. Im öffentlichen Dienst und bei der Post wurden dabei im Vergleich zu den letzten Jahren hohe Forderungen aufgestellt, die nicht nur der hohen Inflation und den täglich steigenden Lebenshaltungskosten, sondern auch der Tatsache geschuldet sind, dass ver.di bundesweit Kollegen aufgerufen hat an der Online-Befragung zur Forderungsfindung teilzunehmen. Im öffentlichen Dienst fordert ver.di 10,5 Prozent mehr bei einer Laufzeit von 12 Monaten, bei der Post werden sogar 15 Prozent gefordert.

Diese Forderungen müssen voll durchgesetzt werden. Die Inflation hat 2022 zu einem historischen Reallohnverlust geführt. Alleine in den



Kämpfen wie in Frankreich! Sozialen Frieden brechen!

ersten drei Quartalen belief sich dieser auf 5,7%, Millionen von Arbeitern und Angestellten sparten an Lebensmitteln und selbst beim Heizen. Gleichzeitig verzeichnen 15 Dax-Konzerne die höchsten Nettogewinne ihrer Firmengeschichte. Allein die Post, bei der nun gestreikt werden soll, hat im vergangenen Jahr einen Rekordgewinn von 8,5 Milliarden Euro verzeichnet!

Die nächsten Monate sind ungewiss und selbst bei einer stagnierenden Inflation muss der Lohnverlust der letzten Monate erst einmal ausgeglichen wer-

den. Darum sind lange Tarifaufzeiten eine besonders große Gefahr für die über 2,5 Millionen Beschäftigten allein im öffentlichen Dienst. Ein weiterer Trick der Arbeitgeberseite sind die Sonderzahlungen, die wir aus den letzten Jahren kennen und die häufig als regulärer Lohn mit eingerechnet werden. Aber diese Zahlungen sind weder tabellenwirksam noch sozialversicherungswirksam!

Die Konzertierte Aktion, ein Treffen zwischen den Spitzen der deutschen Wirtschaft, Bundesregierung und Gewerkschaftsführung im letzten Jahr, hat dazu geführt, dass Sonderzahlungen von bis zu 3.000 Euro möglich sind. Dabei verfolgt die Konzertierte Aktion nur einen Zweck: Die Profite der Reichen und den Wirtschaftsstandort sichern, und das auf Kosten der Arbeiter und Armen. Das alles soll ohne große Gegenwehr und Proteste wie in Großbritannien ablaufen.

desregierung und Gewerkschaftsführung im letzten Jahr, hat dazu geführt, dass Sonderzahlungen von bis zu 3.000 Euro möglich sind. Dabei verfolgt die Konzertierte Aktion nur einen Zweck: Die Profite der Reichen und den Wirtschaftsstandort sichern, und das auf Kosten der Arbeiter und Armen. Das alles soll ohne große Gegenwehr und Proteste wie in Großbritannien ablaufen.

Weiter auf Seite 7

Wir fordern:

Rückverstaatlichung von Post und Transport! Nein zu jeder Privatisierung im öffentlichen Dienst!

Lohnforderungen in der Tarifrunde voll durchsetzen!

Regelmäßige und demokratische Betriebsversammlungen und transparente Abstimmungen über Tarifergebnisse!

Personalabbau und Arbeitsverdichtung stoppen: Personalschlüssel und Entlastungs-Tarifverträge in allen relevanten Bereichen.

30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich!